

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur

Research Report

Weite Wege der Erholung: IW-Konjunkturprognose Herst 2020

IW-Report, No. 46/2020

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur (2020) : Weite Wege der Erholung: IW-Konjunkturprognose Herst 2020, IW-Report, No. 46/2020, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/224504>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



IW-Report 46/2020

Weite Wege der Erholung - IW-Konjunkturprognose Herbst 2020

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur
Hubertus Bardt, Markus Demary, Michael Grömling, Tobias Hentze, Michael Hüther,
Galina Kolev und Holger Schäfer

Köln, 14.09.2020

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Entwicklung der Pandemie	4
2 Weltwirtschaft	5
3 Geldpolitik und Finanzmärkte	7
4 Inlandskonjunktur	8
5 Arbeitsmarkt	12
6 Staatsfinanzen	13
7 Wirtschaftspolitik	14
Anhang	17
Literatur	18
Abstract	20
Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	21

JEL-Klassifikation:

E2 – Konjunktur

E3 – Arbeitsmarkt

E5 – Staatshaushalt

E6 – Finanzmärkte

Zusammenfassung

Die Corona-Pandemie hat infolge der gesundheitspolitischen Maßnahmen und der vielfältigen Auswirkungen auf die Angebots- und Nachfrageseite der rund um den Globus betroffenen Volkswirtschaften das weltweite Wirtschaftsleben im zweiten Quartal 2020 so stark beeinträchtigt, wie kein Ereignis zuvor in den letzten sieben Dekaden. Die Sommermonate 2020 brachten eine ausgeprägte konjunkturelle Erholung in vielen Industrieländern, vor allem auch in China. Wenn diese Erholung nicht durch einen erneuten Lockdown unterbrochen wird, dann kann die globale Wirtschaftsaktivität und der Welthandel gegen Jahresende 2021 das Vorkrisenniveau erreichen. Ein Impfstoff und geopolitische Entspannungen können dieses für 2021 insgesamt positive Erwartungsbild begünstigen und festigen.

In Deutschland sind im zweiten Quartal 2020 die Exporte, die Ausrüstungsinvestitionen und der Private Konsum stark eingebrochen. Bis Ende 2021 wird bei diesen Aggregaten nicht wieder das Niveau von Ende 2019 erreicht. Positive Impulse kommen dagegen vom Staatsverbrauch und von der Bauwirtschaft. Das reale BIP in Deutschland wird im Jahr 2020 um knapp $6\frac{1}{4}$ Prozent zurückgehen, für 2021 wird ein Zuwachs von knapp $4\frac{1}{2}$ Prozent prognostiziert. Die Inflationsrate wird 2020 auf $\frac{1}{2}$ Prozent zurückgehen und 2021 werden die Verbraucherpreise um $1\frac{1}{2}$ Prozent über dem Vorjahr liegen. Die Anzahl der Erwerbstätigen wird hierzulande im Jahresdurchschnitt 2020 um $\frac{3}{4}$ Prozent sinken und 2021 wieder leicht ansteigen. Das Beschäftigungsvolumen wird im Jahresdurchschnitt 2021 bei knapp 45 Millionen Erwerbstätigen liegen, die Anzahl der Arbeitslosen bei gut 2,7 Millionen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von rund 6 Prozent. Das staatliche Defizit wird 2020 auf 200 Milliarden Euro ansteigen. Dies entspricht knapp $6\frac{1}{4}$ Prozent der Wirtschaftsleistung. Im kommenden Jahr beläuft sich das Defizit auf knapp 4 Prozent. Die Staatsschuldenquote wird in Deutschland in beiden Jahren bei rund 75 Prozent des BIP liegen.

1 Entwicklung der Pandemie

Die Coronavirus-Erkrankung (COVID-19) hat sich in den vergangenen sechs Monaten zu einem großen globalen Problem und zu einer immensen gesellschaftlichen sowie ökonomischen Herausforderung entwickelt. Viele andere konjunkturbestimmende Faktoren stehen nunmehr weit im Schatten dieser Pandemie. Die globale Sorge vor Ansteckungen sowie das hohe Maß an anfänglicher Unkenntnis und andauernder Unsicherheit haben teils drastische Schritte zur Eindämmung der Pandemie notwendig gemacht. Infolge der gesundheitspolitischen Maßnahmen und der vielfältigen Auswirkungen auf die Angebots- und Nachfrageseite der rund um den Globus betroffenen Volkswirtschaften kam es im zweiten Quartal 2020 zum bislang stärksten Wirtschaftseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg.

Vor dem Hintergrund des bisherigen globalen Infektionsverlaufs, des absoluten Anstiegs der Todesfälle und der gesundheitspolitisch begründeten Lockdown-Maßnahmen dürften die größten wirtschaftlichen Beeinträchtigungen im zweiten Quartal 2020 eingetreten sein. In der Europäischen Union (EU) wurde das Vorjahresergebnis um gut 14 Prozent unterschritten. Die stärksten Einbrüche gab es dabei in Spanien (–22 Prozent), Frankreich (–19 Prozent) und Italien (–17 Prozent). In Deutschland sank das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal um gut 11 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Vereinigten Königreich lag die Wirtschaftsleistung um über 20 Prozent, in den USA um knapp 10 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Mit den schrittweisen Lockerungen kam es ab Mai zu teilweise kräftigen Erholungseffekten. Diese werden in vielen Ländern durch umfangreiche Konjunkturpakete angestoßen. Für Deutschland wurde ein über mehrere Jahre laufendes und viele Einzelmaßnahmen umfassendes Unterstützungsvolumen in einer Größenordnung von 130 Milliarden Euro verabschiedet (BMF, 2020). Für die gesamte EU belaufen sich die fiskalpolitischen Maßnahmen auf insgesamt 750 Milliarden Euro (Europäische Kommission, 2020). Hinzu kommen noch die umfangreichen geldpolitischen Impulse.

Die bis zum aktuellen Rand anhaltenden Ansteckungen, wie in den USA, Brasilien oder Indien, sowie das Wiederansteigen in den europäischen Ländern können – unabhängig von der epidemiologischen Lage allein psychologisch – das Erholungspotenzial wieder abbremsen. Gleichwohl sind die jetzigen Infektionen in ihrer gesundheitlichen Bedeutung und Wirkung auf das Gesundheitssystem nicht mit denen der ersten Welle zu vergleichen. In Deutschland ist die Auslastung der intensivmedizinischen Kapazitäten stabil auf sehr niedrigem Niveau und die Todesfälle im Zusammenhang mit Covid-19 verharren ebenfalls auf einem niedrigen Niveau. Allerdings bestehen Verunsicherungen bezüglich der Nachhaltigkeit der Erholung fort. Denn es bleibt abzuwarten, wie sich das Infektionsgeschehen im Winterhalbjahr 2020/2021 entwickeln wird, welche Krankheitsphänomene damit verbunden sind und welche gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Einschränkungen damit einhergehen können. Als sicher gilt, dass sich die Erholung im Sinn einer Rückkehr zu den gesamtwirtschaftlichen Produktions- und Beschäftigungsniveaus von vor der Krise in den meisten Ländern über das kommende Jahr erstrecken und möglicherweise auch in das Jahr 2022 hineinreichen wird. Das hatten Umfragen frühzeitig signalisiert (Bardt/Grömling, 2020). Als Ausnahme kann derzeit China gesehen werden. Das Infektionsgeschehen, die Beeinträchtigungen und die Trendwende traten dort früher auf als in den anderen Ländern. Die Staatswirtschaft hat die Gesundheitskontrolle und das Wiederanspringen der Wirtschaft stark dirigiert. Es wird sich aber noch erweisen müssen, ob sich China den Anpassungslasten einer

insgesamt schwachen Weltwirtschaft entziehen kann. Zudem liegt über der Erholung der Schatten der geopolitischen Konfrontationen und der handelspolitischen Irritationen. Nicht nur mit Blick auf China überlagern sich derzeit große konjunkturelle Herausforderungen infolge der Corona-Pandemie mit den vielfältigen strukturellen Anpassungslasten infolge des Protektionismus und der anstehenden technologischen Veränderungen (Grömling, 2020).

2 Weltwirtschaft

Die Sommermonate 2020 brachten eine ausgeprägte Erholung der wirtschaftlichen Entwicklung in vielen Industrieländern. Nach einem kräftigen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität besonders in den Monaten April und Mai konnte die Produktion im Juni vielerorts wieder hochgefahren werden und die Lockerung der Kontaktbeschränkungen schaffte positive nachfrage-seitige Impulse. Das Welthandelsvolumen stieg im Juni 2020 um 7,6 Prozent gegenüber dem Vormonat, nachdem es im Mai erneut gesunken war und den tiefsten Wert seit Oktober 2010 aufwies (CPB, 2020). Nichtsdestotrotz befinden sich viele Länder weltweit weiterhin im Lockdown, nachdem die Infektionswelle sich auf alle Länder ausbreitete (Hale et al., 2020).

Der Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität in den gemessen am Exportumsatz fünfzehn wichtigsten Exportzielländern Deutschlands, für die Daten von den nationalen Statistikbehörden veröffentlicht wurden, reichte im zweiten Quartal von 8,5 Prozent in den Niederlanden bis 18,5 Prozent in Spanien, jeweils gegenüber den ersten drei Monaten des Jahres 2020. Anders als in früheren Wirtschaftskrisen, in denen besonders die Investitionstätigkeit und der Außenhandel einen Rückgang erfuhren, führten die Kontaktbeschränkungen und Schließungen des Einzelhandels zu einem präzedenzlosen Rückgang des privaten Verbrauchs. Einzig in China konnte im zweiten Quartal aufgrund des zeitlich versetzten Krisenverlaufs ein positives Wachstum in Höhe von 3,2 Prozent gegenüber dem ersten Quartal verbucht werden.

Die Auswirkung der Rezession auf die Arbeitslosenzahlen war im Euroraum moderat, nachdem viele Länder ähnlich dem deutschen Kurzarbeitergeld Unterstützungsmaßnahmen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verabschiedeten. In den USA hingegen stieg die Anzahl der gemeldeten Arbeitslosen dramatisch an und lag nach einer leichten Erholung bei 10,2 Prozent im Juli. Trotz dieser Entwicklung lagen die Einzelhandelsumsätze im Juli um 2,7 Prozent über dem Vorjahresniveau, nicht zuletzt getrieben von den staatlichen Soforthilfen und der Hoffnung, dass die Entlassenen nach Beendigung der Lockdown-Maßnahmen einen Arbeitsplatz bekommen werden.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2020 dürfte sich die wirtschaftliche Lage bei den großen Handelspartnern entspannen, wenngleich andere Weltregionen nach wie vor mit den dramatischen Folgen der Virusausbreitung zu kämpfen haben und auch in den Industrieländern eine zweite Infektionswelle nicht ausgeschlossen ist. In China lag der offizielle Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe bereits seit März im Expansionsbereich und auch Indikatoren wie die Entwicklung der deutschen Warenexporte dorthin oder der Neuzulassungen im Automobilbereich sprechen für eine Wiederbelebung der chinesischen Wirtschaft (Kolev, 2020).

Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe deutet ebenfalls in anderen Ländern auf eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Erholung hin: Im August lag der Wert bei 51,7 Punkten im Euroraum, bei 53,6 Punkten in den USA und bei 55,3 Punkten im Vereinigten Königreich. Im Dienstleistungsbereich, der von den Schließungsmaßnahmen besonders betroffen war, zeichnet sich ebenfalls eine deutliche Erholung der Wirtschaftsaktivität ab. Das Expansionstempo hängt jedoch entscheidend von dem Verlauf der Pandemie und den damit verbundenen Restriktionen ab. Während erste Erfolge bei der Entwicklung eines Impfstoffs die Aussichten verbessern und somit das Expansionstempo vor allem im Jahr 2021 steigern dürften, würde ein zweiter Lockdown den Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität ausbremsen. Zusätzliche Risiken sind der ungelöste Handelskonflikt der USA mit wichtigen Handelspartnern und die hohe Verschuldung zahlreicher Staaten, die aufgrund der im Zuge der Unterstützungsmaßnahmen verabschiedeten Liquiditätsbereitstellung und Kreditgarantien eine erhebliche finanzielle Belastung in den kommenden Monaten und Jahren erfahren könnten. Die Präsidentschaftswahl in den USA dürfte zwar für den weiteren Verlauf des Handelskonflikts aufschlussreich sein, doch selbst bei einer Wahl Joe Bidens zum US-Präsidenten dürfte der Fokus der US-amerikanischen Wirtschafts- und Handelspolitik nach wie vor auf Buy American liegen (Bardt/Kolev, 2020).

Insgesamt ist für den weiteren Verlauf des Prognosezeitraums davon auszugehen, dass der starke Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität in den Industrieländern im Jahr 2020 im folgenden Jahr nur teilweise wettgemacht werden kann. In China setzte die wirtschaftliche Erholung früher ein und es ist insgesamt von einem leichten Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Leistung in 2020 und einer kräftigen Erholung in 2021 auszugehen, getrieben von einem im internationalen Vergleich hohen Trendwachstum und wirtschaftspolitischen Unterstützungsmaßnahmen. Somit dürfte die globale Wirtschaftsaktivität gegen Jahresende 2021 das Vorkrisenniveau erreichen. Ähnliches gilt für den Welthandel, der im Verlauf des Jahres 2020 anziehen und eine weitere Erholung im Jahr 2021 erfahren dürfte (Tabelle 2-1).

Tabelle 2-1: Eckdaten der IW-Auslandsprognose

Wachstum des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2020, 2021; Prognose

	2019	2020	2021
USA	2,3	-5	4
China	6,1	1	10
Euroraum	1,3	-7	6
UK	1,4	-10	6
Frankreich	1,5	-9	7
Russland	1,3	-6	4
Welt	2,9	-5	6

Quellen: Internationaler Währungsfonds; Institut der deutschen Wirtschaft

3 Geldpolitik und Finanzmärkte

Die Corona-Krise ist nach der globalen Finanzmarktkrise in den Jahren 2007 bis 2009 und der Banken- und Staatsschuldenkrise im Euroraum in den Jahren 2011 und 2012 die dritte große Krise, die den Euroraum innerhalb kurzer Zeit trifft. Trotz Reformen bleibt der Euroraum anfällig für einen Teufelskreis aus Banken- und Staatsschuldenkrise. Aus diesem Grund musste die Europäische Zentralbank (EZB) zu Beginn der aktuellen Krise eine herausragende Stellung im Krisenmanagement einnehmen, da Verwerfungen in einzelnen Segmenten des Finanzmarkts, beispielsweise auf den Märkten für Staatsanleihen, in einer Kreditklemme für die Unternehmen resultieren könnte.

So stiegen durch die Herabstufung Italiens durch die Ratingagentur Fitch im April 2020 die Renditen für Staatsanleihen an. Zudem ist die Corona-Krise mit einer schwachen Preisdynamik verbunden, was an den negativen Inflationsraten aus dem Juni 2020 bereits zu ersehen war. Um ihrem Mandat der Preisniveaustabilität gerecht zu werden, muss die EZB in einer solchen Situation expansiv ausgerichtet sein.

Da das Zinsniveau global sehr niedrig ist und Zinsen in einigen Ländern und Segmenten des Finanzmarkts vor Corona schon im negativen Bereich angesiedelt waren, konnte die EZB nicht mit Senkungen ihres Leitzinses auf die Corona-Krise reagieren. Zudem stellt die Verhinderung eines Anstiegs der Finanzierungskosten nur einen Baustein des Krisenmanagements dar. Ähnlich wie die US-Notenbank ist die EZB mit einer Situation konfrontiert, in der die Liquidität in den für den monetären Transmissionsmechanismus relevanten Märkten sichergestellt werden muss. Aufgrund der herausragenden Stellung von Staatsanleihen in der Finanzmarktregulierung ist besonders die Liquidität in diesem Markt wichtig. Die steigenden Zinsen auf italienische Staatsanleihen im April 2020 ließen schon recht früh eine Situation ähnlich der im Jahr 2011 befürchten, sodass die EZB mit den folgenden zielgerichteten Instrumenten gegensteuern musste:

- **Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP):** Im Rahmen dieses temporären Programms erwerben die Zentralbanken des Eurosystems Anleihen von öffentlichen und privaten Schuldnern. Denn würde die Rendite auf Staatsanleihen ansteigen, würde dies zu höheren Finanzierungskosten bei Banken, Unternehmen und Haushalten führen. Zu diesem Zweck erwerben die Zentralbanken des Eurosystems Anleihen im Wert von insgesamt 1,35 Billionen Euro bis Ende 2021 oder, wenn erforderlich, darüber hinaus (ECB, 2020a).
- **Targeted longer-term refinancing operations (TLTROs):** Zwischen dem 24. Juli 2020 und dem 23. Juni 2021 findet die dritte Runde dieser Langfristtender statt. Bei den Operationen können sich Banken Geld von der EZB zu einem negativen Zins von aktuell $-0,75$ Prozent leihen, wenn sie entsprechende Quoten für die Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte erfüllen (ECB, 2020b). Diese Konditionalität soll verhindern, dass die Banken die günstige Liquidität des Eurosystems nutzen, um Staatsanleihen zu erwerben.

- **Pandemic emergency longer-term refinancing operations (PELTROs):** Hierbei handelt es sich um Long-term refinancing operations (LTROs) ohne Bedingungen an die Kreditvergabe. Diesen dienen der Liquiditätsabsicherung, da andere LTROs in der Zwischenzeit auslaufen werden (ECB, 2020c).
- **Rating floor:** Um zu verhindern, dass Staatsanleihen nach einem Downgrade nicht mehr als Sicherheiten für die geldpolitischen Geschäfte des Eurosystems genutzt werden können und Banken dadurch den Zugang zu den geldpolitischen Geschäften des Eurosystems verlieren, gelten für die EZB auch im Fall eines Downgrades die aktuellen Ratings vorübergehend weiter (ECB, 2020d).

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Banken- und Staatsschuldenkrise und des ohnehin fehlenden Inflationsdrucks ist die sehr stark expansive Ausrichtung der Geldpolitik der Schwere der Corona-Krise angemessen.

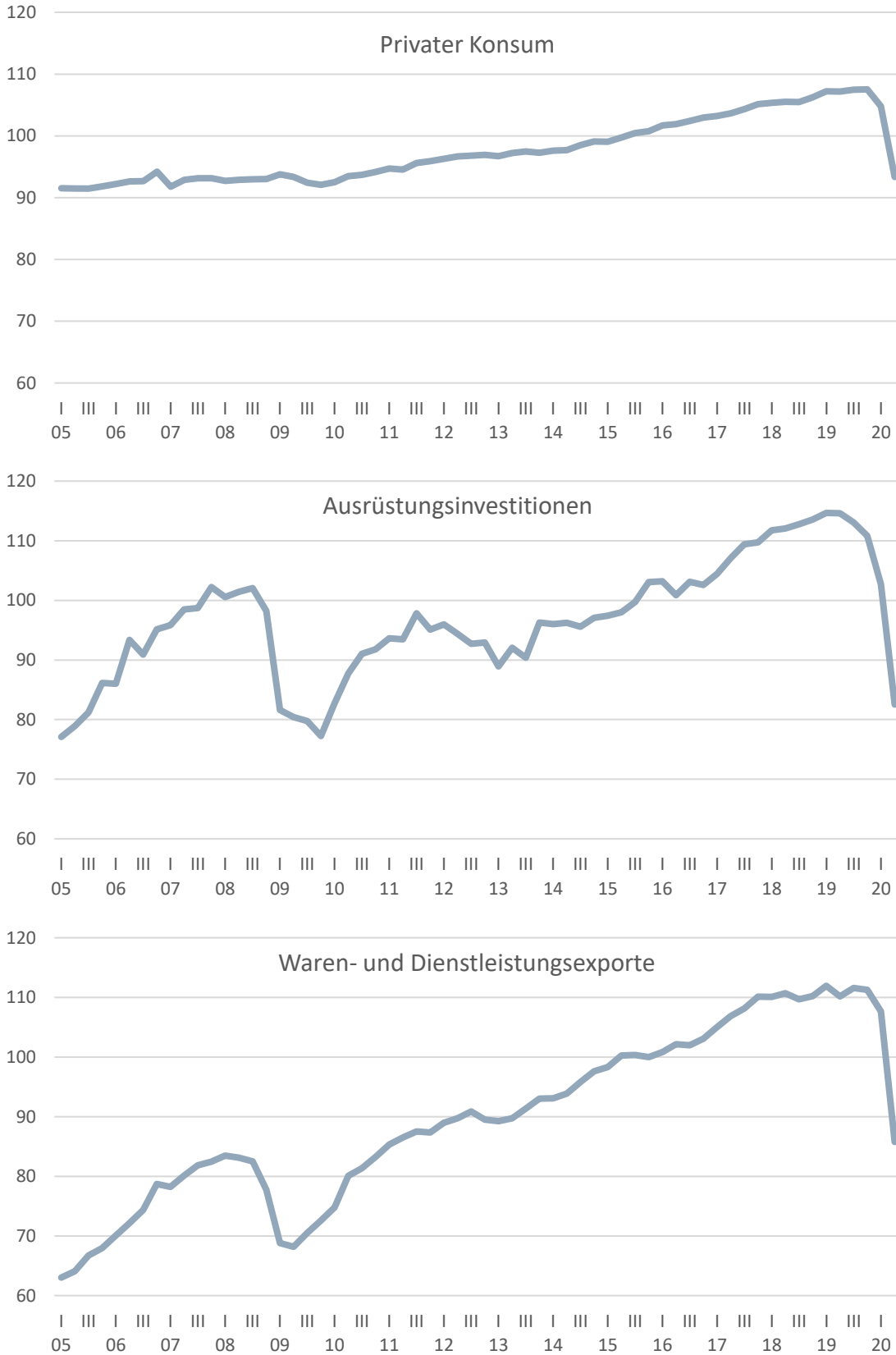
4 Inlandskonjunktur

Die deutsche Volkswirtschaft ist im zweiten Quartal 2020 infolge der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Einschränkungen des gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens stark eingebrochen. Gegenüber dem Vorquartal ging das preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte BIP um 9,7 Prozent zurück. Im Vergleich zu dem entsprechenden Vorjahreszeitraum belief sich der Rückgang auf 11,3 Prozent. Das war der bislang stärkste Quartalsrückgang in den letzten sieben Dekaden. Mit Blick auf die Entstehungsseite des BIP wurde die Industrie mit rund –20 Prozent am stärksten getroffen. Die Industrie befindet sich schon seit 2018 in einer Rezession – wobei sich konjunkturelle und strukturelle Faktoren überlagern (Grömling, 2020). Dagegen konnte die Bauwirtschaft im zweiten Quartal 2020 ihr Vorjahresergebnis sogar um 1,6 Prozent übertreffen. Die Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor ging um gut 9 Prozent zurück. Dabei zeigte sich eine erhebliche Differenzierung: Während der Finanzbereich sein Vorjahresergebnis beinahe halten konnte, waren bei den Sonstigen Dienstleistern, dazu zählen etwa die kulturschaffenden Branchen, Einbußen von knapp 20 Prozent und bei den Unternehmensdienstleistern von 16 Prozent zu verzeichnen. Im Wirtschaftsbereich Handel/Verkehr/Gastgewerbe lag die Wertschöpfung im zweiten Quartal um knapp 13 Prozent unter Vorjahresniveau.

Abbildung 4-1 veranschaulicht anhand von drei Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Verwendung die im Vergleich zur globalen Finanzmarktkrise 2008/2009 außerordentlich hohen Einbrüche. Besonders beim Privaten Konsum zeigt sich ein gewaltiger Unterschied. Während der Konsum aktuell im Vorquartalsvergleich um knapp 11 Prozent einbrach, belief sich der Rückgang 2009 maximal auf 1 Prozent. Auch die Reaktionen bei den Ausrüstungsinvestitionen und beim Export sind enorm: Der aktuelle Rückgang beim Export ist mit –20 Prozent fast doppelt so hoch wie im ersten Quartal 2009 mit –11,5 Prozent. Die Ausrüstungen gingen aktuell mit –20 Prozent ebenfalls stärker zurück als damals mit knapp –17 Prozent.

Abbildung 4-1: Konsum, Investitionen und Exporte im Krisenvergleich

Preis-, saison- und arbeitstaglich bereinigte Werte; Index 2015 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Aus diesen Fallhöhen leiten sich für die folgenden Quartale lange Wege der Erholung ab. Bei keinem dieser drei stark betroffenen Aggregate wird eine Rückkehr zum Niveau von vor der Krise (viertes Quartal 2019) im kommenden Jahr gelingen (Anhang):

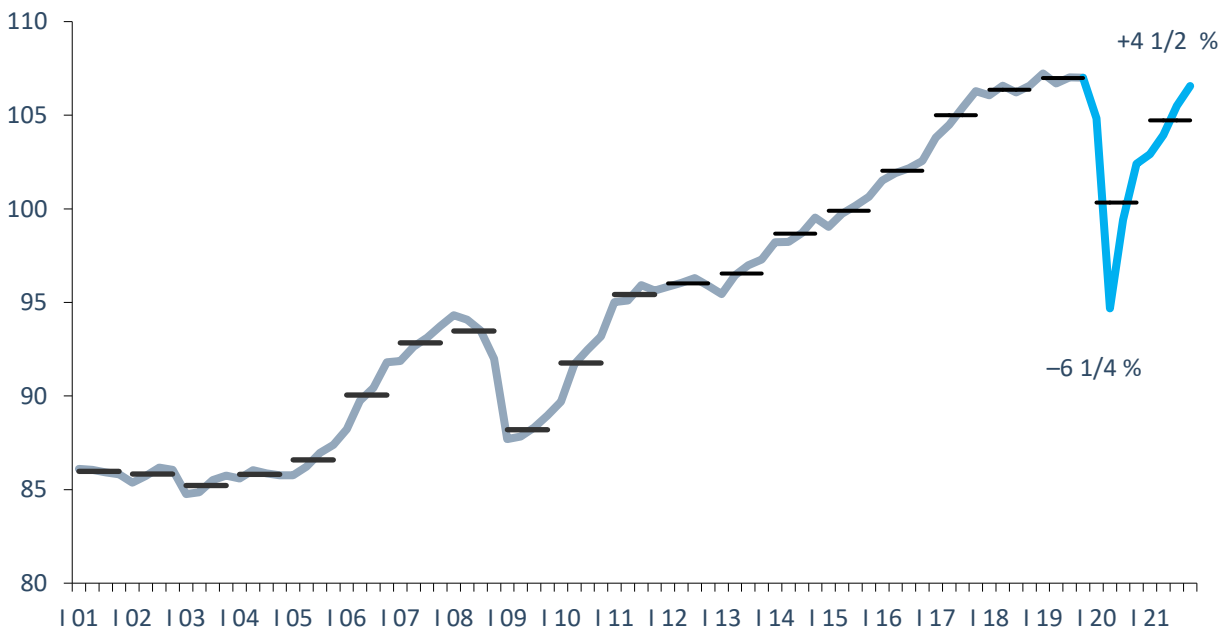
- Der **Private Konsum** wird im Jahr 2020 um 6 ½ Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen. Dabei sind im dritten und vierten Quartal – auch alimentiert durch die Steuer- und Transferpolitik – kräftige Impulse unterstellt. Nach einem Rückprall im ersten Quartal 2021 infolge vorgezogener Käufe im Jahr 2020 setzt sich die Erholung fort. Im Jahresdurchschnitt 2021 wird ein Konsumwachstum von knapp 4 Prozent realisiert. Das setzt die erwartete Stabilisierung am Arbeitsmarkt voraus. Die Verbraucherpreise steigen 2020 infolge der rückläufigen Energiepreise und der Konjunkturkrise kaum an. Für 2021 wird eine Inflationsrate von knapp 1 ½ Prozent erwartet.
- Die **Ausrüstungsinvestitionen** reagieren immer stark im Abschwung. Auf das gesamte Jahr 2020 gerechnet ergibt sich ein Rückgang von fast 20 Prozent im Vorjahresvergleich. Auch hier sind bereits für das dritte und vierte Quartal kräftige Zuwächse eingestellt. Insofern sich die Weltwirtschaft stabilisiert und die Unternehmensfinanzierung gesichert ist, setzt sich die Erholung im kommenden Jahr fort und es wird ein Zuwachs von 12 ½ Prozent verbucht.
- Die **Bauinvestitionen** bekommen die Corona-Pandemie ebenfalls zu spüren. Das Expansions-tempo lässt infolge der Verunsicherung hinsichtlich der Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung nach. Gleichwohl wird im Jahr 2020 ein jahresdurchschnittliches Plus von 2 Prozent und im Jahr 2021 in Höhe von 1 ½ Prozent realisiert.
- Die Erwartung einer sich stabilisierenden und im Jahresverlauf 2021 wieder dynamisierenden Weltwirtschaft untermauert die **Außenhandelsperspektiven** der deutschen Wirtschaft. Nach dem starken Einbruch setzt schnell eine Gegenbewegung ein. Die realen Exporte liegen aber im Jahresdurchschnitt 2020 um 13 ¾ Prozent unter dem Vorjahreswert und im Jahr 2021 wird bei fortgesetzter, aber nachlassender Dynamik ein Wachstum von 9 ½ Prozent erreicht. Das liegt an den weltweit nur zögerlich in Gang kommenden Investitionsprozessen. Die preisbereinigten Importe sinken in diesem Jahr um 9 ¾ Prozent und steigen 2021 um 9 ½ Prozent.

Vor dem Hintergrund der erwarteten Entwicklung der Verwendungsaggregate wird das reale BIP in Deutschland im Jahr 2020 um knapp 6 ¼ Prozent zurückgehen (Abbildung 4-2). Nach dem starken Einbruch im zweiten Quartal setzt bereits im dritten Quartal eine kräftige Erholung ein. Das signalisiert auch der neu von der Deutschen Bundesbank entwickelte Wöchentliche Aktivitätsindex (WAI). Anfang September lag dieser, die aktuell abgelaufenen 13 Wochen umfassender Index um 3,7 Prozent über dem Niveau der vorhergehenden 13 Wochen. Das Ausmaß des BIP-Anstiegs im dritten Quartal dürfte, wie in der IW-Prognose unterstellt, etwas höher ausfallen. Im Vergleich zu der Prognose vom Mai 2020 (IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur, 2020), die für dieses Jahr einen Rückgang von knapp 9 Prozent vorhersah, ergibt sich allein aus dem nunmehr weniger starken Rückgang im ersten Halbjahr 2020 ein Korrektoreffekt von 2 Prozentpunkten. Insgesamt wurden die Einbrüche beim Konsum – und den damit verbundenen Wirtschaftsbereichen auf der Entstehungsseite – ursprünglich stärker

erwartet. Im Jahr 2021 wird für Deutschland ein Zuwachs beim realen BIP in Höhe von knapp 4 ½ Prozent prognostiziert. Auch hier erklärt sich der Unterschied zur Mai-Prognose in hohem Ausmaß durch die revidierte Konsumprognose für 2021, die infolge der positiven Steuer- und Transfereffekte im Jahr 2020 zurückgenommen wurde. Unter der Annahme, dass es infolge steigender Infektionszahlen nicht zu einer nochmaligen Einschränkung der wirtschaftlichen Aktivitäten wie im Frühjahr 2020 kommt, wird gegen Ende des Prognosezeitraums das gesamtwirtschaftliche Vorkrisenniveau nahezu erreicht. Hierzu tragen durchgängig die Wachstumsbeiträge der Bauinvestitionen und des Staatskonsums bei. Eine wachsende Zuversicht – etwa durch einen Impfstoff und geopolitische Entspannungen – kann dieses für 2021 insgesamt positive Erwartungsbild begünstigen und festigen.

Abbildung 4-2: BIP-Verlauf in Deutschland

Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP;
Index 2015 = 100 und Veränderung gegenüber Vorjahr¹⁾ in Prozent



1) Nicht saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

5 Arbeitsmarkt

Die Corona-Krise trifft den deutschen Arbeitsmarkt in diesem Jahr erheblich stärker als die Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009. Damals konnten negative Arbeitsmarktwirkungen noch weitgehend vermieden werden. Ein wesentlicher Teil des Rückgangs der Arbeitskräftenachfrage wird derzeit durch die Verkürzung der Pro-Kopf-Arbeitszeit realisiert. Die Anzahl der Kurzarbeiter stieg bis Mai 2020 auf 6 Millionen. Im Jahresdurchschnitt 2020 ist mit über 3 Millionen Kurzarbeitern zu rechnen. Erste Zahlen zur Arbeitszeitrechnung im ersten Quartal 2020 zeigen, dass zudem Überstunden und Guthaben auf Arbeitszeitkonten abgebaut werden (IAB, 2020). Im Ergebnis sinkt die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen deutlich ab. Mit der umfangreichen Nutzung der Kurzarbeit hält sich die Anzahl der Entlassungen zwar im Rahmen, deutlich beeinträchtigt ist aber die Entstehung neuer Beschäftigungsverhältnisse. Von dieser Seite geraten die Entwicklung der Erwerbstätigkeit und die der Arbeitslosigkeit unter Druck.

Tabelle 5-1: Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung

	2019	2020	2021	2020	2021
	Absolute Werte			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	45.236	44.885	44.930	-¾	0
Arbeitszeit (in Stunden)	1.386,2	1.338	1.362	-3 ½	1 ¾
Arbeitsvolumen (in Mrd. Stunden)	62,71	60,06	61,19	-4 ¼	2
Reales BIP	-	-	-	-6 ¼	4 ½
Reales BIP je Erwerbstätigen	-	-	-	-5 ½	4 ½
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde	-	-	-	-2	2 ½
Erwerbslose (in 1.000) ¹⁾	1.374	1.965	1.950	-	-
Erwerbslosenquote ¹⁾	3,0	4 ¼	4 ¼	-	-
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	2.267	2.767	2.748	-	-
Arbeitslosenquote	5,0	6	6	-	-

1) Nach ILO-Konzept.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Die Anzahl der Erwerbstätigen wird im Jahresdurchschnitt 2020 erheblich sinken (Tabelle 5-1). Gleichwohl weist das Statistische Bundesamt (2020) darauf hin, dass im Juli 2020 bereits wieder ein leichter saisonbereinigter Anstieg der Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vormonat stattgefunden hat. Der erwartete Rückgang von ¾ Prozent im Jahr 2020 ist der größte seit dem Jahr 2003. Vergleichsweise stabil bleibt zurzeit die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die im Juni nur rund 60.000 Personen unter dem Niveau des Vorjahres lag, während die Erwerbstätigkeit im gleichen Monat einen Rückgang von 680.000 Personen zum Vorjahr verzeichnete.

Überdurchschnittlich ging die Anzahl der geringfügig Beschäftigten und der Selbstständigen zurück – was insofern zu erwarten war, als dass für diese Erwerbstätigen kein Anspruch auf Kurzarbeitergeld besteht. Bei fortdauernder Beeinträchtigung durch die Pandemie muss damit gerechnet werden, dass auch Kurzarbeiter in zunehmendem Maß ihre Arbeitsplätze verlieren.

Ein erheblicher Zuwachs von 500.000 Personen zeigt sich bei der registrierten Arbeitslosigkeit. Dabei spielt bislang nicht so sehr eine Rolle, dass vermehrt Personen aus Erwerbstätigkeit heraus arbeitslos werden. Ein solcher Zuwachs gegenüber dem Vorjahr war zwar im April und Mai zu beobachten, im Juni, Juli und August waren hingegen keine nennenswerten Steigerungen mehr feststellbar. Eine größere Rolle spielt, dass es zurzeit wenigen Arbeitssuchenden gelingt, eine neue Arbeit zu finden. Die Abgangschance aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit am ersten Arbeitsmarkt lag auch im August 2020 noch um 22 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres.

Die konjunkturelle Belebung wird im Jahr 2021 zu einer Entspannung führen. Die Erwerbstätigkeit wird wieder ansteigen, allerdings wird der Anstieg mit 0,1 Prozent gering ausfallen. Die Gründe liegen erstens darin, dass die steigende Arbeitskräftenachfrage zunächst wieder über eine zunehmende Arbeitszeit realisiert wird. Die Betriebe werden die weitere Entwicklung abwarten, bevor sie das wirtschaftliche Risiko von Neu- oder Wiedereinstellungen eingehen. Zweitens kommt es durch die negative Entwicklung im zweiten Halbjahr 2020 zu einem Unterhangeffekt im Jahr 2021. Entsprechend zu dem zögerlichen Aufbau neuer Beschäftigungsverhältnisse wird sich auch der Abbau der gestiegenen Arbeitslosigkeit nur langsam vollziehen. Somit wird der deutsche Arbeitsmarkt im Jahr 2021 noch nicht wieder den Stand von vor der Corona-Krise erreichen.

6 Staatsfinanzen

Die Politik begegnet der einbrechenden Wirtschaftsleistung mit kräftig steigenden Ausgaben. Dies treibt in Verbindung mit deutlichen Rückgängen auf der Einnahmeseite die Staatsverschuldung in die Höhe. Das Minus in den öffentlichen Haushalten wird in diesem Jahr basierend auf den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen schätzungsweise 200 Milliarden Euro betragen. Dies entspricht knapp $6 \frac{1}{4}$ Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Staatsschuldenquote wird dadurch nach dem Maastricht-Kriterium Ende dieses Jahres auf mehr als 75 Prozent steigen. Im kommenden Jahr wird sich dieser Wert trotz eines erneuten, wenn auch mit rund 4 Prozent geringeren Finanzierungsdefizits nur leicht verändern, da sich die Wirtschaftsleistung erholt. Ein geringeres Defizit im Jahr 2021 setzt allerdings voraus, dass die vom Staat bereitgestellten Kredite weitgehend bedient und Bürgschaften nicht oder kaum in Anspruch genommen werden.

Die Steuereinnahmen werden nach einem deutlichen Rückgang in diesem Jahr im Jahr 2021 noch nicht wieder das Niveau des Jahres 2019 erreichen. In der Sozialversicherung sorgen besonders das Arbeitslosengeld I und das ausgeweitete Kurzarbeitergeld im Prognosezeitraum für ein deutliches Ausgabenplus bei der Bundesagentur für Arbeit. In der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Gesetzlichen Rentenversicherung geraten die Einnahmen dagegen vergleichsweise leicht unter Druck, da das beitragspflichtige Kurzarbeitergeld deren Einnahmen stabilisiert. Dadurch bleiben die Sozialbeiträge insgesamt in diesem Jahr annähernd konstant

und steigen im kommenden Jahr aufgrund der einsetzenden wirtschaftlichen Erholung über das Niveau von 2019 (Tabelle 6-1).

Tabelle 6-1: Staatskonto für Deutschland

	2019	2020	2021
	in Milliarden Euro		
Einnahmen	1.609	1.525	1.609
Steuern	827	750	811
Sozialbeiträge	598	597	612
Ausgaben	1.558	1.726	1.744
Arbeitnehmerentgelt	271	277	283
Soziale Leistungen	846	922	954
Subventionen	31	36	39
Bruttoinvestitionen	86	91	98
Finanzierungssaldo	50	-201	-135
	in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		
Staatsquote ¹⁾	45,4	53 ¼	50 ¾
Abgabenquote ²⁾	41,1	41	41
Steuerquote ³⁾	24,4	23 ½	24
Finanzierungssaldo	1,5	-6 ¼	-4

1) Staatsausgaben. 2) Steuern (einschließlich Steuerzahlungen an die EU) und Sozialbeiträge (ohne unterstellte Sozialbeiträge der Beamten). 3) Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften (einschließlich Steuerzahlungen an die EU).
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

7 Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftliche Corona-Krise unterscheidet sich maßgeblich von den Abwärtsbewegungen in normalen Konjunkturzyklen. Der Einbruch der Wirtschaftsleistung zwischen Mitte März und Mai war beispiellos in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit der Lockerung des Lockdowns und der Wiederaufnahme der Produktion in der für die deutsche Volkswirtschaft zentralen Automobilindustrie war eine schnelle Erholung zu verzeichnen. Trotz der Dynamik während des Sommers befindet sich Deutschland weiterhin in einer gravierenden Wirtschaftskrise. Corona hat nicht nur einen konjunkturellen Einbruch verursacht, vielmehr wurde auch der schon zuvor aufgebaute strukturelle Anpassungsdruck erheblich erhöht. Die Corona-Krise ist damit mehr als nur eine besonders tiefe Rezession, die konjunkturpolitische Maßnahmen erfordert, sondern zugleich der Startpunkt eines längerfristigen Anpassungsprozesses (Grömling, 2020). Damit ist die Verbesserung der Angebotsseite der Volkswirtschaft ebenfalls eine zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe (Hüther/Bardt, 2020).

Das Konjunkturpaket vom 3. Juni 2020 setzt an den zentralen Stellen an, an denen ein weiterer Rückgang der Wirtschaftsleistung verhindert werden sollte (Hüther, 2020). In Ergänzung zu den bereits zuvor beschlossenen Rettungsmaßnahmen für Unternehmen sollte mit den fiskalpolitischen Maßnahmen ein weiterer Rückgang der Nachfrage verhindert werden. Das geringe Verbrauchervertrauen (Bardt et al., 2020) und die hohe Investitionszurückhaltung von Unternehmen drohten zu einem weiteren Rückgang der Nachfrage und damit zu einer Krisenverschärfung zu führen. Zur Stützung der Nachfrage wurden die Mehrwertsteuer bis zum Jahresende gesenkt, Sozialabgaben durch höhere Bundeszuschüsse sowie die EEG-Umlage bis 2022 gedeckelt und teilweise durch den öffentlichen Haushalt finanziert. Für Familien wird ein Kinderbonus zum Kindergeld ausbezahlt. Kommunen werden durch Ausgleichszahlungen für die reduzierte Gewerbesteuer und durch die Übernahme höherer Anteile der Kosten der Unterkunft entlastet. Die ausgeweiteten Möglichkeiten des Verlustvortrags und die degressive Abschreibung für 2020 und 2021 sollen die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen verbessern. Erste Beobachtungen deuten auf positive Wirkungen des Konjunkturpakets, hier der Mehrwertsteuersenkung und des Kinderbonus, hin (Beznoska et al., 2020; Goecke/Rusche, 2020).

Eine weitere pauschale Ausdehnung der fiskalischen Maßnahmen erscheint angesichts der sich abzeichnenden Verbesserung der konjunkturellen Entwicklung nicht angebracht – in bestimmten Bereichen mit besonderen konjunkturellen Verhärtungen kann das dennoch zielführend sein. Hierfür könnten prioritär die Mittel der Rettungsprogramme eingesetzt werden, die bisher nicht abgerufen wurden und nicht mehr benötigt werden. Insgesamt beläuft sich das noch verfügbare Volumen auf einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag. Allein für die Überbrückungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen sind 24,6 Milliarden bereitgestellt, aber bis zum 20. August lediglich 248 Millionen Euro (ohne Baden-Württemberg) bewilligt worden (Deutscher Bundestag, 2020). Die Gesamtsumme der Anträge liegt nur leicht über 700 Millionen Euro. Mit dem Abklingen der akuten und schwersten Phase der Krise werden Mittel für die kurzfristige Hilfe frei und können für gezielte Maßnahmen zur Überwindung konjunktureller Einbrüche eingesetzt werden.

Nach der akuten Rettungsphase und der Phase der konjunkturellen Nachfragestabilisierung gilt es, die zentralen Wachstumsperspektiven und den sich beschleunigenden Strukturwandel der Wirtschaft in den Blick zu nehmen und hierfür verbesserte politische Rahmenbedingungen zu schaffen. Das Konjunkturpaket hat mit seinem „Zukunftspaket“ zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung der Forschung, zum Ausbau von Infrastrukturen oder zum klimafreundlichen Ersatz von Nutzfahrzeugen sowie zum Einsatz von Elektrofahrzeugen auf den Weg gebracht. Mit finanziellen Mitteln zur Unterfütterung der Wasserstoffstrategie, zur Gebäudemodernisierung und zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sind Bereiche adressiert, die einen Beitrag zur Bewältigung des mehrschichtigen Strukturwandels der nächsten Jahre leisten können.

Für die Zukunft müssen die Angebotsbedingungen in Deutschland wieder stärker beachtet und verbessert werden (Hüther/Bardt, 2020). So hat sich die Wettbewerbsfähigkeit hinsichtlich Unternehmenssteuern und Lohnstückkosten bedenklich verschlechtert. Auch zur Bewältigung eines klimafreundlichen Umbaus energieintensiver Industrien fehlt noch der angemessene Ordnungsrahmen, der den Unternehmen eine Möglichkeit zur Neuinvestition in Deutschland verschafft. Der Eintritt des Staats als Miteigentümer kann jedenfalls keine überzeugende generelle

Antwort auf die Probleme der notwendigen Strukturanpassungen sein. Hier ist insgesamt mehr strategische Orientierung und systematische Ordnung vonnöten. Die Anforderungen aus dem Strukturwandel waren schon ohne Pandemie-Verstärker einzigartig. Das muss ernst genommen werden: durch verlässliche und konsistente Klimapolitik (einheitlicher CO₂-Preis, europäische Lösung), durch zügige und vereinfachte Genehmigungsverfahren sowie durch umfassende und schnelle Ertüchtigung und Ausbau der Infrastruktur. Dies verlangt auch eine systematische Überprüfung der finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten und Handlungsrestriktionen. Eine Stabilisierung der Erwartungsbildung kann nicht mit der einfachen Rückkehr zu nicht mehr gegebenen Bedingungen gelingen.

Anhang

IW-Prognose für Deutschland 2020 und 2021

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent; gerundete Werte

	2019	2020	2021
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,9	- $\frac{3}{4}$	0
Arbeitslosenquoten ¹⁾	5,0	6	6
Arbeitsvolumen	0,6	-4 $\frac{1}{4}$	2
Produktivität ²⁾	0,0	-2	2 $\frac{1}{2}$
Bruttoinlandsprodukt	0,6	-6 $\frac{1}{4}$	4 $\frac{1}{2}$
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	1,6	-6 $\frac{1}{2}$	4
Konsumausgaben des Staates	2,7	3	4
Anlageinvestitionen	2,5	-5 $\frac{1}{2}$	5
- Ausrüstungen	0,5	-20	12 $\frac{1}{2}$
- Sonstige Anlagen	2,7	-1	3 $\frac{1}{2}$
- Bauten	3,8	2	1 $\frac{1}{2}$
Inlandsnachfrage	1,2	-4	4 $\frac{1}{4}$
- Export	1,0	-13 $\frac{3}{4}$	9 $\frac{1}{2}$
- Import	2,6	-9 $\frac{3}{4}$	9 $\frac{1}{2}$
Bruttoinlandsprodukt	0,6	-6 $\frac{1}{4}$	4 $\frac{1}{2}$
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,4	$\frac{1}{2}$	1 $\frac{1}{2}$
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo ³⁾	1,5	-6 $\frac{1}{4}$	-4

1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen. 2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde.

3) In Prozent des nominalen BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IW-Herbstprognose, September 2020

Literatur

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2020, Kein schnelles Ende des Corona-Schocks. Ökonomische Einschätzungen deutscher Unternehmen, in: IW-Trends, 47. Jg., Nr. 2, S. 21–41

Bardt, Hubertus / Kolev, Galina, 2020, Biden versus Trump. Positionen in der Handels-, Wirtschafts- und Klimapolitik, IW-Policy Paper, Nr. 16, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2020/IW-Kurzbericht_2020_China_Exportzielland.pdf [27.8.20]

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael / Maselli, Ilaria / Van Ark, Bart, 2020, Verbrauchervertrauen im Keller, IW-Kurzbericht, Nr. 83, Köln

Beznoska, Martin / Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2020, Etwa die Hälfte des Kinderbonus soll ausgegeben werden, IW-Kurzbericht, Nr. 94, Köln

BMF – Bundesministerium der Finanzen, 2020, Das Konjunkturprogramm für alle in Deutschland, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/Konjunkturprogramm-fuer-alle/zusammen-durch-starten.html> [3.9.2020]

CBP – Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis, 2020, World trade monitor, <https://www.cpb.nl/en/worldtrademonitor> [25.8.20]

Deutscher Bundestag, 2020, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Claudia Müller, Erhard Grundl, Katharina Dröge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Ausgestaltung der Überbrückungshilfen; Drucksache 19/21823

ECB – European Central Bank, 2020a, Pandemic emergency purchase programme (PEPP), <https://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/pepp/html/index.en.html> [27.8.2020]

ECB, 2020b, ECB announces easing of conditions for targeted longer-term refinancing operations (TLTRO III), 12.3.2020, https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr200312_1~39db50b717.en.html [27.8.2020]

ECB, 2020c, ECB announces new pandemic emergency longer-term refinancing operations, 30.4.2020, https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr200430_1~477f400e39.en.html [27.8.2020]

ECB, 2020d, ECB takes steps to mitigate impact of possible rating downgrades on collateral availability, 22.4.2020, https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr200422_1~95e0f62a2b.en.html [27.8.2020]

Europäische Kommission, 2020, Europäischer Aufbauplan, https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/recovery-plan-europe_de [3.9.2020]

Goecke, Henry / Rusche, Christian, 2020, Mehrwertsteuersenkung: Erste Effekte sichtbar, IW-Kurzbericht, Nr. 90, Köln

Grömling, Michael, 2020, Langfristeffekte der Corona-Pandemie – eine Orientierung, IW-Report, Nr. 35, Köln

Hale, Thomas et al. , 2020, Oxford COVID-19 Government Response Tracker, Blavatnik School of Government, <https://www.bsg.ox.ac.uk/research/research-projects/coronavirus-government-response-tracker> [27.8.20]

Hüther, Michael, 2020, Investitionen und Konsum. Überlegungen zu wirtschaftspolitischen Handlungsoptionen zur Jahresmitte 2020, IW-Policy Paper, Nr. 13, Köln

Hüther, Michael / Bardt, Hubertus, 2020, Von der Öffnung des Lockdowns zu neuen wirtschaftlichen Perspektiven, IW-Policy Paper, Nr. 10, Köln

IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2020, Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten in Deutschland, http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/AZ_Komponenten.xlsx [20.8.2020]

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur, 2020, Gewaltiger Einbruch und nur allmähliche Erholung - IW-Konjunkturprognose Frühsommer 2020, IW-Report, Nr. 25, Köln

Kolev, Galina, 2020, China steuert auf Exportzielland Nummer eins zu, IW-Kurzbericht, Nr. 84, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2020/IW-Kurzbericht_2020_China_Exportzielland.pdf [27.8.20]

Statistisches Bundesamt, 2020, Juli 2020: Erwerbstätigkeit steigt um 0,1 Prozent gegenüber dem Vormonat, Pressemitteilung Nr. 134 vom 1. September 2020, Wiesbaden

Abstract

The long road to recovery

In the second quarter of 2020 the corona pandemic adversely affected global economic activity to an extent unparalleled in the last seven decades. This was the result of health policy measures and the virus's widely varying impact on both the supply and demand sides of the economies it has affected around the world. However, the subsequent summer months have seen a pronounced economic recovery in many industrialised countries, and especially in China. If this recovery is not interrupted by a further lockdown, global economic activity and world trade may reach pre-crisis levels towards the end of 2021. A vaccine and the easing of geopolitical tensions would firm up and could even improve this overall positive forecast for 2021.

In Germany, exports, capital expenditure on equipment and private consumption slumped sharply in the second quarter of 2020. These aggregates will not have returned to last year's level by the end of 2021. On the other hand, public sector consumption and the construction industry are providing a positive impetus. In 2020 real GDP in Germany will have declined by 6 ¼ per cent against previous year, while growth of just under 4 ½ per cent is forecast for 2021. The inflation rate will fall to ½ per cent in 2020 while 2021's consumer prices will be 1 ½ per cent higher than this year's. The average number of people in work in Germany will fall by ¾ per cent in 2020 but will edge up slightly in 2021. Next year, an annual average of just under 45 million will be in employment, with the number of jobless a little over 2.7 million, corresponding to an unemployment rate of around 6 per cent. The public sector deficit will rise to 200 billion euros this year, around 6 per cent of GDP, with an expected deficit for 2021 of just under 4 per cent. Germany's public debt ratio will be some 75 per cent of GDP in both years.

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 2-1: Eckdaten der IW-Auslandsprognose	6
Tabelle 5-1: Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung	12
Tabelle 6-1: Staatskonto für Deutschland	14
Abbildung 4-1: Konsum, Investitionen und Exporte im Krisenvergleich.....	9
Abbildung 4-2: BIP-Verlauf in Deutschland	11